

## Stellungnahme Baugenehmigung

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass wir gerne bereit sind zu helfen, gerade dann wenn Hilfe wirklich von Nöten ist. Und die Ukrainischen Familien brauchen Hilfe, das steht zweifelsfrei fest!

Wir haben direkt zu Beginn in unserer Gemeinde für Unterbringungsmöglichkeiten gesorgt, noch lange bevor vom Kreis irgendwelche Quoten vorgegeben wurden. So leben stand heute fast 100 Ukrainische Bürger in unserem Dorf.

Dieser geplanten Containeranlage können wir als Freie Wähler aber so nicht zustimmen, denn hier geht die Planung eindeutig am Ziel der Hilfe vorbei.

Auf einem eher kleineren Gewerbegrundstück sollen insgesamt 154 Containern, die mit bis zu 270 Personen belegt werden sollen, errichtet werden. Bei den Personen handelt es sich übrigens um Flüchtlinge aller Nationen und nicht wie zuvor angekündigt um ausschließlich Ukrainische Bürger.

Das sind die Eckinformationen, die wir hauptsächlich aus der Presse haben, viel mehr wissen wir nicht!

Junge Familien mit kleinen und größeren Kindern sollen hier auf engstem Raum untergebracht werden. Eine Aussage über die Verweildauer in diesem angeblichen Übergangwohnheim macht der Kreis keine! Bleiben die Familien nur einige Wochen und Monate, oder doch - wie man es immer wieder aus dem Kreis hört - bis zu mehreren Jahren? Wie sollen die Kinder und Familien in die bestehende Infrastruktur integriert werden? Wir haben stand heute bereits Kinder aus Reilingen Familien, die auf einen Kita- oder Kindergartenplatz in Reilingen warten, wie sollen wir bei diesem Stand auch noch die Kinder dieser geplanten Gemeinschaftsunterkunft integrieren.

Wir sehen in dieser Hinsicht keine Möglichkeit und bekommen auch keine Hilfestellung des Kreises. Und wer behauptet eine Integration dieser Kinder sei nicht nötig, der argumentiert doch eindeutig am Ziel vorbei. Sollen diese den ganzen Tag auf engstem Raum in der Containeranlage verbringen? Sieht so wirklich die geplante Hilfe aus? Kinder brauchen einen geregelten Alltag und die wichtige Möglichkeit zur Integration in der neuen Heimat.

Gerade in diesem Zusammenhang spielt auch der mehr als ungünstige Standort eine wichtige Rolle. Die Unterkunft soll mitten im Gewerbegebiet errichtet werden, direkt an einer Straße mit regelmäßigem Schwerlastverkehr. Aufgrund des mehr als begrenzten Grundstückes ist es definitiv absehbar, dass sich der Aufenthaltsraum der Bewohner auch auf die umliegenden Straßen und Bereiche ausdehnen wird. Und gerade auch hier müssen wir unsere Gewerbe schützen! Wie sollen gängige Betriebsabläufe aufrecht erhalten werden und somit bestehende Arbeitsplätze gesichert werden, wenn auf einem Grundstück - das bisher als Abstellplatz diente - urplötzlich weit mehr als 200 Personen leben und sich bewegen sollen! Wir wollen und können diese Menschen dort nicht einsperren!

Jeder würde uns für Verrückt erklären, würden wir auf dem selben Grundstück einen Spielplatz planen - mitten im Gewerbegebiet - viel zu gefährlich... aber ist es mit der Gemeinschaftsunterkunft nicht das gleiche? Muss denn immer zuerst etwas passieren - bevor man erkennt, dass der Standort absolut ungünstig ist?

Wer kann das wirklich verantworten?

Unser Gewerbegebiet in Reilingen ist platztechnisch sehr begrenzt, seit Jahren wird jeder kleinste Fleck von den Firmen ausgenutzt um die laufenden Betriebe aufrecht zu erhalten. Dazu gehört auch, dass in einem Gewerbegebiet andere Spielregeln herrschen. betriebsbedingter Lärm und Lieferverkehr sind schon in den frühen Morgenstunden

alltäglich und können bis in den späten Abend reichen. Sind das die Rahmenbedingungen, die man stressgeplagten oder gar traumatisierten Kriegsflüchtlingen wünscht?

Kann man die daraus Resultierenden Konfrontationen unseren Gewerbetreibenden zumuten? Sicherlich nicht!

Bei den Rahmenbedingungen der Verwaltung für eine mögliche Zusage zu der GuK, wurde auf die Rechte der umliegenden Gewerbetreibenden überhaupt nicht eingegangen. Kleinigkeiten, wie die wegfallenden Parkplätze für die Gewerbe entlang der von Drais Straße aufgrund der geplanten Parkplätze für die GUK seien nur mal am Rande erwähnt.

Bevor wir Freien Wähler auch nur in Erwägung ziehen können, einer solchen Unterkunft in dieser Form oder auch einer abgespeckten Form zuzustimmen müssen hier noch verlässliche Aussagen der Verwaltung aber allen voran des Kreises kommen!